FDP Eschborn

RECHENZENTREN IN ESCHBORN: FDP FORDERT KLARE REGELN STATT VORFESTLEGUNG

18.11.2026

Liberale sehen die Chancen für Digitalisierung, Wärmeversorgung und den Wirtschaftsstandort unzureichend berücksichtigt

Die FDP-Fraktion Eschborn fordert eine grundlegende Überarbeitung des vorgelegten Konzepts zur strategischen Standortsteuerung von Rechenzentren. Mit einem Änderungsantrag zur Beschlussvorlage schlägt die Fraktion vor, das Konzept in seiner jetzigen Fassung nicht als städtebauliches Entwicklungskonzept zu beschließen, sondern vor einer Beschlussfassung grundlegend nachzubessern.

„Rechenzentren sind das Rückgrat der Digitalisierung. Sie sind eine Schlüsseltechnologie für Wirtschaft, Verwaltung, künstliche Intelligenz und nahezu alle digitalen Dienstleistungen unseres Alltags. Ein Konzept, das über die Zukunft dieser Branche in Eschborn entscheiden soll, muss Chancen und Risiken gleichermaßen berücksichtigen“, erklärt FDP-Fraktionsvorsitzender Christoph Ackermann.

Nach Auffassung der Liberalen vermittelt das vorgelegte Konzept jedoch den Eindruck, dass die Ansiedlung von Rechenzentren in Eschborn grundsätzlich nicht gewünscht sei. Obwohl in der Vorlage selbst die Bedeutung der Branche für den Wirtschaftsstandort hervorgehoben werde, finde sich dieser positive Ansatz in den Bewertungen kaum wieder. So werde keine Fläche in Eschborn als eindeutig geeignet eingestuft. Angesichts der polyvalenten Gewerbegebiete in Eschborn, erscheint dies doch sehr unrealistisch.

Abgerufen am 19.11.2026 unter https://fdp-eschborn.de/?p=17989

Besonders kritisch sieht die FDP die wirtschaftliche Bewertung der Rechenzentrumansiedlung in dem Konzept. Die derzeit laufenden bundespolitischen Überlegungen zur Gewerbesteuerzerlegung bei Rechenzentren wurden ebenso wenig berücksichtigt wie verschiedene Szenarien möglicher Steuererträge für die Standortkommune.

„Gerade weil sich die Rahmenbedingungen zugunsten der Standortkommunen ändern, brauchen wir eine belastbare und zukunftsorientierte Betrachtung. Wer nur den Status quo bewertet, läuft Gefahr, Chancen für die kommenden Jahrzehnte zu übersehen“, so Ackermann.

Auch bei der sogenannten "Wärmewende" - an deren generellen Erfolg doch erhebliche Zweifel bestehen - lasse das Konzept Potenziale außer Acht. Rechenzentren in Eschborn könnten durch die Nutzung ihrer Abwärme einen wichtigen Beitrag zur kommunalen Wärmeplanung leisten und dazu beitragen, die Abhängigkeit von Abwärmelieferungen aus Nachbarkommunen zu verringern. Darüber hinaus könnten Investitionen in Stromanschlüsse und Netzinfrastruktur positive Effekte für die allgemeine Energieversorgung entfalten.

Für die FDP besonders problematisch sind zudem die teilweise widersprüchlichen Bewertungen einzelner Standorte und Gebiete. An mehreren Stellen lasse sich nicht nachvollziehen, wie die jeweiligen Gesamturteile aus den fachlichen Einzelbewertungen abgeleitet werden. Dies erschwere die Nachvollziehbarkeit für Stadtverordnete, Eigentümer und potenzielle Investoren gleichermaßen.

Darüber hinaus verweist die Fraktion auf die seit Jahren bestehenden Leerstände insbesondere im Gewerbegebiet Süd. Das Konzept halte dort weiterhin an Nutzungen fest, deren Nachfrage strukturell unter Druck geraten sei, ohne die tatsächlichen Entwicklungen am Markt ausreichend zu analysieren.

„Ein leerstehendes Bürogebäude schafft keine Arbeitsplätze, zahlt keine Gewerbesteuer und hilft niemandem weiter. Deshalb muss die Stadt ehrlich prüfen, welche Nutzungen künftig wirtschaftlich sinnvoll und vor allen Dingen realistisch sind“, betont Ackermann.

Für die Liberalen fügt sich das Vorgehen in ein bekanntes Muster der gegenwärtigen Eschborner Stadtpolitik ein. Der frühere wirtschaftspolitische Weitblick im Eschborner Rathaus, durch den Eschborn überhaupt erst zu einem bedeutenden Wirtschaftsstandort

Abgerufen am 19.11.2026 unter https://fdp-eschborn.de/?p=17989

werden konnte, weicht zunehmend einer kleinteiligen, defensiven und wenig zukunftsorientierten Politik. Bereits bei anderen Infrastruktur- und Zukunftsprojekten habe die Stadt versucht, Entwicklungen durch politische Vorfestlegungen oder langwierige Verfahren aufzuhalten, statt sie frühzeitig aktiv zu gestalten.

„Wer Projekte von vornherein verhindern will, gewinnt am Ende oft nicht mehr Einfluss, sondern verliert Gestaltungsmöglichkeiten. Diese Erfahrung mussten wir bereits beim Umspannwerk machen. Es wäre ein Fehler, denselben Weg nun auch bei den Rechenzentren zu beschreiten“, erklärt Ackermann.

Die FDP betont ausdrücklich, dass es ihr nicht um eine ungesteuerte Ansiedlung gehe. Ziel sei vielmehr eine transparente, nachvollziehbare und technologieoffene Standortsteuerung, die Chancen und Risiken gleichermaßen abwäge und alle Beteiligten einbinde.

„Eschborn ist einer der bedeutendsten Wirtschaftsstandorte der Region. Gerade deshalb sollte nicht der Eindruck entstehen, wir würden Zukunftstechnologien reflexartig ausschließen. Wir möchten ihre mögliche Ansiedlung vielmehr aktiv gestalten und laden alle Fraktionen ein, das Konzept gemeinsam weiterzuentwickeln. Unser Änderungsantrag schafft dafür die Grundlage: Er ermöglicht der Stadt eine fundierte Entscheidung auf Basis belastbarer Fakten – im Interesse des Standorts und aller Bürger“, so Ackermann abschließend.

Eschborn, 17.11.2026

Abgerufen am 19.11.2026 unter https://fdp-eschborn.de/?p=17989